



## Liebe Freundinnen und Freunde,

In der letzten Sitzungswoche war wieder einmal Fracking ein Tagungsordnungspunkt im Plenum des Deutschen Bundestags. Obwohl die Opposition diesen Punkt ohne Debatte durchwinken lassen wollte, zeigte sich, dass es nach wie vor ein Thema ist, das hohe Wellen schlägt und Emotionen freisetzen kann.

Dabei ist Fracking keine neue Technologie. Gerade in Deutschland ist es seit den 60er Jahren bekannt und hat sich als Abbaumethode bewährt. Unter Berücksichtigung neuer und strenger Anforderungen ist ein absolutes Fracking-Verbot nicht sinnvoll. Mit dem Celler Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende stehe

ich in einem engen Kontakt. Wir beide sind an einer zielführenden Lösung interessiert, denn viele Industriezweige hängen vom Fracking ab, ein Verbot würde ohne Not einer massiven Arbeitsplatzvernichtung gleichkommen, gerade auch in Celle und Umgebung.

Noch gibt es innerhalb der Großen Koalition Regelungsbedarf. Ein von der SPD in die Diskussion eingebrachter Parlamentsvorbehalt zu Probebohrungen für unkonventionelles Fracking war der Form nach wirtschaftsfeindlich, die sich jetzt abzeichnende Lösung verschafft der Wirtschaft die nötige Planungssicherheit und der Politik wichtige Einspruchsrechte. Daher halte ich das immer noch zögerliche Verhalten des Koalitionspartners für nicht angemessen und auch nicht nachvollziehbar.

Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag habe ich sowohl den Antrag der Grünen als auch den Antrag der Linken abgelehnt, da beide Anträge reiner Populismus waren. Das erkennt man allein schon daran, dass, obwohl eine Debatte im Vorhinein nicht gewünscht, namentlich abgestimmt wurde, was nur bei wichtigen Fragen der Fall sein sollte, die vorher ausführlich debattiert wurden. Es geht bei der Entscheidung zum Thema Fracking nicht um ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ wie es der Antrag der Linksfraktion vorgaukelt, sondern um ein umfassendes Regelungspaket, das auch Fragen wie

zum Beispiel die Einbeziehung der betroffenen Kommunen, die sichere Behandlung des so genannten Lagerstättenwassers und vor allem auch die Beweislastumkehr berücksichtige. Auch der Antrag der Grünen hat alle diese Aspekte leider ignoriert.

Die Große Koalition muss jetzt schnell ein umfassendes Regelwerk auf den Weg bringen, das alle Vorbehalte berücksichtigt und Unsicherheiten für Menschen und Wirtschaft ausräumt. Dafür werde ich mich weiter einsetzen.

### INHALT

- 2 Besuchergruppen
- 3 Sicherheitskonferenz der SPD-Fraktion
- 4 Paragraph „Majestätsbeleidigung“ abschaffen
- 5 Recht auf sexuelle Selbstbestimmung schützen
- 6 Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken
- 7 Tschernobyl und Fukushima mahnen
- 8 Fraktionsspitzen fassen wichtige Beschlüsse
- 10 Petitionen: beim Bundestag sind die Daten sicher / Girls' Day 2016 bei der SPD-Bundestagsfraktion

### IMPRESSUM

Kirsten Lühmann, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
kirsten.luehmann@bundestag.de



## Besuchergruppen



Die Schülerinnen und Schüler der BBS Uelzen besuchen Kirsten Lühmann im Deutschen Bundestag und nehmen zuvor an einem Planspiel im Deutschen Dom teil.



Politisch interessierte Frauen aus Hermannsburg und Umgebung besuchen Kirsten Lühmann am Rande einer Sitzungswoche in Berlin.





## Veranstaltung

### Sicherheitskonferenz der SPD-Fraktion

Angst und Unsicherheiten haben in der Bevölkerung zugenommen. Was kann man dagegen tun? Die SPD-Fraktion diskutierte dazu am Mittwoch mit Vertretern von Polizei, THW, Feuerwehren und Sicherheitsexperten.

Es ist ein Paradoxon: Obwohl Deutschlands Kriminalstatistiken zeigen, dass das Land immer sicherer wird, steigt das Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Und das, obwohl die Zahl der Gewaltdelikte objektiv gesunken ist. Mit diesem scheinbaren Widerspruch eröffnete SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann eine große Konferenz seiner Fraktion zur öffentlichen Sicherheit in Deutschland.

Die Garantie für öffentliche Sicherheit ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein gesellschaftliches Kernthema. Öffentliche Sicherheit reicht dabei von der Prävention bis zur Strafverfolgung, von der Katastrophenvorsorge bis zur Hilfeleistung im akuten Notfall. Auf der Sicherheitskonferenz ging es also um die Fragen: Wie lässt sich Unsicherheiten und Ängsten in der Bevölkerung entgegenwirken? Wie kann man jeden einzelnen besser vor Kriminalität, Gewalt und deren Ursachen schützen?

Oppermann lobte die Arbeit der Sicherheitsbehörden und ging auch auf den Wechsel an der Spitze des Bundesnachrichtendienstes ein. Das Kanzleramt hatte am Morgen verkündet, dass der bisherige Chef Gerhard Schindler abgelöst werde und der Posten ab Juli von Bruno Kahl, bis dato Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, übernommen werden soll.

Drei Gründe gibt es laut Oppermann für das gesunkene Sicherheitsgefühl der Menschen:

1. die steigende Zahl rechtsextremer Übergriffe
2. die Furcht vor Alltagskriminalität wie Einbruch und
3. die Angst vor Terroranschlägen.

Oppermann unterschied die Motivationen verschiedener terroristischer Gruppierungen. Während es die RAF auf Repräsentanten des ihr verhassten Staates absah, ging es al Qaida um Angriffe auf Symbole. Die Attacke auf Charlie Hebdo galt demnach der Pressefreiheit, wohingegen die Anschläge in Paris und Brüssel es auf den

Alltag der Menschen anlegten.

Der Fraktionsvorsitzende betonte, dass die Koalition bereits wichtige Schritte nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo unternommen habe, etwa die Strafbarkeit von Reisen in Terrorcamps oder den Personalausweisentzug bei Terrorverdächtigen. Oppermann: "Das zeigt, wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst. Wir müssen aber weiterhin einen kühlen Kopf bewahren."

#### Diskussion in zwei Panels

Im Anschluss diskutierten geladene Gäste in zwei Panels. Die erste Talkrunde moderierte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Eva Högl. Ihre Diskutanten kamen aus dem Bereich Sicherheit: Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes, Bernd Palenda, Abteilungsleiter Verfassungsschutz in der Berliner Innenbehörde, Oliver Malchow, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, und Rita Haverkamp, Wissenschaftlerin an der Uni Tübingen. Högl legte den Fokus ihrer Gesprächsrunde somit auf die Sicherheit in Deutschland.

Holger Münch warnte: "Wir müssen deutlich mehr in Sachen Terrorismusbekämpfung machen. Wir brauchen ein Mehr an internationalen Strategien, Standards und Koordination. Deutschland muss über den lokalen Bereich hinwegsehen." Oliver Malchow von der Polizeigewerkschaft ergänzte: „Wir haben in den Kernbereichen der Kriminalität einen Abbau an Personal oder zumindest keinen Ausgleich von Personal. Die Probleme haben nichts mit Terror oder Flüchtlingen zu tun, sondern sind noch oben drauf gekommen.“ Rita Haverkamp sagte: „Im Wohnungseinbruch müssen wir mehr wissen um die Aufklärungsquote zu steigern. Wir wissen oft nicht: Was sind das für Menschen die solche Straftaten begehen? Die Polizei ist der Akteur für Kriminalprävention“. Bernd Palenda stellte klar: „Neben der polizeilichen Arbeit muss auch eine schnelle und funktionierende Justiz gewährleistet werden – auf Tat folgt Strafe. Die Justiz darf in Deutschland nicht ausgegrenzt werden.“ Palenda erklärte, worauf es beim Verfassungsschutz ankommt: „Aufklären und Handeln ist der Hauptzweck des Verfassungsschutzes. Demokratie ist kein Geschenk, sie ist harte Arbeit. Notwendig ist eine aktive Politik. Sie dient dem Funktionieren des Verfassungsschutzes.“



Auch die darauffolgende Gesprächsrunde war hochkarätig besetzt. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Christine Lambrecht leitete die Diskussion zum Thema Handlungsfelder für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Ihre Mitstreiter waren Rolf-Erich Rehm, Kreisbrandmeister Deutscher Feuerwehrverband, Gerd Friedsam, Vizepräsident des Technischen Hilfswerkes, Ralf Jäger (SPD), Nordrhein-Westfälischer Innenminister, Volkmar Schön, Vizepräsident des Deutschen Roten Kreuzes, und Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz.

Ralf Jäger machte darauf aufmerksam, dass „die Trennung zwischen Zivilschutz im Verteidigungsfall und Katastrophenschutz im Katastrophenfall überholt“ sei. Gerd Friedsam mahnte: „Explosionen, Überschwemmungen – für diese Szenarien sind wir gewappnet. Durch Cybergefahren können jedoch auch wichtige Infrastrukturen, wie die Bereitstellung von Trinkwasser oder Strom, ausfallen.“ Volkmar Schön bestätigte: „Ausbaufähig ist die Durchführbarkeit von zivilem Katastrophenschutz.“ Rolf-Erich Rehm meint: „Cyberattacken werden zunehmend Thema im Hinblick auf die Leitstellen.“ Christoph Unger machte positiv deutlich: „Wir haben in den letzten Jahren viel gelernt und ein gutes Netz für den Katastrophenschutz aufgebaut.“

Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hielt das Schlusswort. Er machte deutlich, dass die Politik vor Herausforderungen stehe, "die sich am Anfang der Legislaturperiode so noch gar nicht abgezeichnet haben." Für Lischka ist ganz klar: „Sicherheit und Polizeibehörden müssen so ausgestattet werden, personell und technisch, dass sie ihre Arbeit vernünftig machen können. Der Anti-Terror-Kampf ist eine Aufgabe gut ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten, aber nicht jeder, der eine Waffe in der Hand halten kann, eignet sich auch für den Anti-Terror-Kampf.“ Zwingend ist für Lischka, dass die Politik sich Gedanken machen muss, "wie wir die Zusammenarbeit der Polizeibehörden des Bundes und der Länder und auch international verbessern.“

Hier gibt es Fotos der Veranstaltung zum Download: <https://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157665350828503>

## Paragraph „Majestätsbeleidigung“ abschaffen

Das Strafverlangen der türkischen Regierung gegen den Satiriker Jan Böhmermann hat in Deutschland eine längst überfällige Diskussion über die Abschaffung des Straftatbestandes des Paragraphen 103 Strafgesetzbuch (StGB, „Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“) ausgelöst.

Strafverfolgung von Satire wegen „Majestätsbeleidigung“ passt nicht in eine moderne Demokratie. Deshalb war es richtig, dass sich die Ministerinnen und Minister der SPD im Kabinett gegen die Ermächtigung zur Strafverfolgung nach Paragraph 103 StGB ausgesprochen haben.

Die SPD-Fraktion will den Paragraphen 103 mit sofortiger Wirkung und nicht erst ab 2018 abschaffen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die SPD-Fraktion am Dienstag vorgelegt. Ungeachtet dessen blicken die Sozialdemokraten mit Sorge auf die zunehmende Beschränkung der Pressefreiheit und der Freiheit von Kulturschaffenden in der Türkei selbst. So sehr die SPD-Fraktion an einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Türkei interessiert ist, so sehr gilt, dass es keinen Rabatt in der Frage der Menschenrechte geben darf.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann betont: "Es gibt in der SPD-Fraktion eine große Zustimmung, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen." Die Union habe dazu noch Beratungsbedarf, die SPD-Fraktion sei bereit, ihren Gesetzentwurf sofort zu beschließen.

Eva Högl, SPD-Fraktionsvizechefin: „Wir brauchen in Deutschland kein Sonderstrafrecht. Und genau deswegen wollen wir diesen Paragraphen sofort abschaffen und damit nicht bis 2018 warten.“



## Recht auf sexuelle Selbstbestimmung schützen

Im geltenden Recht finden sich nach wie vor Handlungen, die die sexuelle Selbstbestimmung von Opfern verletzen und strafwürdig sind, jedoch nicht vom Sexualstrafrecht erfasst werden. Solche Strafbarkeitslücken, die im Zusammenhang mit sexueller Nötigung und Vergewaltigung stehen, will die Koalition mit einem Gesetzesentwurf schließen.

Es gibt Situationen, in denen die Voraussetzungen des Paragraphen 177 Strafgesetzbuch (StGB, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung) nicht vorliegen, die aber dennoch in strafwürdiger Weise für sexuelle Handlungen ausgenutzt werden. Das ist der Fall, wenn das Opfer aufgrund der überraschenden Handlungen des Täters keinen Widerstand leisten kann oder wenn das Opfer nur aus Furcht von Widerstand absieht. Dieses Verhalten kann nach geltender Rechtslage auch von anderen Vorschriften, wie zum Beispiel dem Straftatbestand der Nötigung oder der Beleidigung, nur unter bestimmten Voraussetzungen bestraft werden, die in den genannten Fällen jedoch häufig nicht gegeben sind. Die heutige Rechtslage ist diesbezüglich eindeutig ungenügend. Die Koalition will diesen Missstand zeitnah beseitigen.

Der Gesetzesentwurf, über den am Donnerstag beraten wurde, sieht daher neue Straftatbestände vor, mit denen sexueller Missbrauch unter Strafe gestellt wird. Unter der neuen Überschrift „Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung besonderer Umstände“ macht sich zukünftig nach Paragraph 179 Absatz 1 StGB-E strafbar, wer unter Ausnutzung einer Lage, in der eine andere Person

- aufgrund ihres körperlichen oder psychischen Zustands zum Widerstand unfähig ist,
- aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist oder
- im Fall ihres Widerstandes ein empfindliches Übel befürchtet,

sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt.

Auf diese Weise sollen insbesondere Frauen – aber auch Männer – besser als bislang vor sexuellen Über-

griffen geschützt werden. Die Koalition schließt die Lücken in den aus Sicht der Praxis relevanten Fällen.

SPD-Fraktionsvize Carola Reimann sprach aus, was der Großteil der SPD-Bundestagsfraktion meint. Geklärt werden müsse vor allem, wie der Grundsatz „Nein heißt Nein“ umgesetzt werden könne. Nicht die aktive Widerstandshandlung darf Voraussetzung für eine Vergewaltigung sein, sondern die eindeutige Willensbekundung mit der sexuellen Handlung nicht einverstanden zu sein. Zudem müsse für sexuelle Belästigung endlich ein Straftatbestand geschaffen werden, forderte Reimann. „Das werden wir als eigenen Paragraphen noch hinzufügen müssen“, sagte sie. Sexuelle Belästigung etwa am Arbeitsplatz sei ein großes Problem.

### Schutz von Menschen mit Behinderung

Auch in Bezug auf den Schutz von Opfern mit Behinderung wird eingegangen. Der Gesetzesentwurf benennt nämlich erstmals konkrete besonders schwere Fälle, bei deren Vorliegen die Mindestfreiheitsstrafe ein Jahr beträgt. Ein besonders schwerer Fall liegt unter anderem dann vor, wenn der Täter die Widerstandsunfähigkeit ausnutzt, die auf einer Behinderung des Opfers beruht.

Mithilfe des Gesetzesentwurfes wird die Bundesregierung zudem auch dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der sogenannten Istanbul-Konvention noch besser gerecht, nach der die Strafbarkeit nicht von einer Gegenwehr des Opfers abhängen darf.



Gabriele Remscheid / pixelio.de





## Wirtschaft

### Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken

Am Donnerstagmorgen hat der Bundestag erstmals einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung der Stahlindustrie debattiert.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die aktuellen Sorgen der Stahlunternehmen damit auf die Agenda des Deutschen Bundestags gebracht. In dem Antrag formuliert die Koalition Forderungen, um Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gegenüber der EU-Kommission den Rücken zu stärken. Denn wenn es um die Zukunft der deutschen Stahlindustrie geht, ist vor allem die europäische Ebene gefragt.

„2016 ist ein Schicksalsjahr für die deutsche Stahlindustrie“, sagt Fraktionsvize Hubertus Heil. Es geht um Überkapazitäten auf dem Weltmarkt, zunehmenden Druck durch subventionierte Stahlimporte vor allem aus China, die Reform des Emissionshandels und offene Fragen im Hinblick auf den Bestandsschutz für Eigenstromerzeugung. Der Wirtschaftsexperte der Fraktion ist sich sicher: „In der Summe können diese Herausforderungen für die Stahlindustrie existenzbedrohlich sein. Wir müssen alles dafür tun, hochqualifizierte Arbeitsplätze in dieser Grundstoffindustrie zu sichern.“

Aus diesem Grund trafen sich bereits im Februar dieses Jahres auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion Spitzenvertreter der deutschen Stahlindustrie und der IG Metall, Wirtschaftsminister aus den Bundesländern mit Stahlproduktion, der zuständige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium sowie SPD-Abgeordnete aus Europäischem Parlament und Bundestag. Alle Beteiligten waren sich einig, gemeinsam für den Erhalt der Stahlindustrie in Deutschland mit ihren nahezu 100.000 Arbeitsplätzen kämpfen zu wollen.

#### Problem der Überkapazitäten aus China

Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde daraufhin der Antrag der Koalitionsfraktionen erarbeitet. Die Kernaussage lautet: Für die von der EU-Kommission angestrebte substanzielle Stärkung der Industrie in Europa („Reindustrialisierung“) ist eine leistungsfähige Stahlindustrie unerlässlich.

Zu den größten Herausforderungen der Stahlbranche gehören Überkapazitäten aus China. Im vergangenen Jahr haben die Stahlausfuhren Chinas mit 112 Millionen Tonnen einen neuen Höchststand erreicht. Zum Vergleich: Die Stahlnachfrage in der gesamten EU beläuft sich auf 152 Millionen Tonnen. Dabei werden in der Volksrepublik Stahlprodukte durch staatliche Maßnahmen verbilligt und teilweise unter den Herstellungskosten angeboten. Auch wenn dagegen bereits mehrere Anti-Dumping-Verfahren eingeleitet und Strafzölle verhängt werden konnten, hat sich das Instrumentarium der europäischen Außenhandelspolitik teilweise als schwerfällig erwiesen. Daher meint der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bernd Westphal: „Die EU-Kommission muss schneller und effektiver gegen hochsubventionierte Stahlimporte zum Beispiel aus China vorgehen und ihre Handelsschutzinstrumente dringend modernisieren.“ Sollte die EU-Kommission China als Marktwirtschaft anerkennen, würden Anti-Dumpingverfahren hingegen erschwert werden.

Einig sind sich die Koalitionsfraktionen, dass die deutsche und die europäische Stahlindustrie Verantwortung übernehmen müssen, wenn es um die Reduktion von Treibhausgasemissionen geht. Allerdings darf die Reform des Emissionshandels nicht zulasten der Stahlproduktion in Deutschland und Europa gehen. „Dem Weltklima ist nicht geholfen, wenn die besonders CO<sub>2</sub>-effiziente Stahlproduktion in Länder außerhalb Europas verlagert wird, in denen deutlich mehr CO<sub>2</sub> pro erzeugter Tonne Stahl anfällt“, so Bernd Westphal.

Über der Stahlindustrie schwebt zudem das Damoklesschwert der offenen Frage der sogenannten Eigenstromerzeugung. Bisher ist die Verwendung sogenannter Kuppelgase, die im Rahmen der Stahlproduktion entstehen, vollständig von der EEG-Umlage befreit. Es ist unklar, ob die EU-Kommission diese Regelung weiterhin zulassen wird. Dabei wäre das aus Sicht der SPD-Fraktion nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus ökologischen Gründen geboten.

Mit ihrem Antrag senden die Koalitionsfraktionen ein starkes Signal Richtung Brüssel. Die Koalition steht an der Seite der Beschäftigten und der Unternehmen der Stahlindustrie.



## Tschernobyl und Fukushima mahnen

In Erinnerung an die Reaktorkatstrophen von Tschernobyl vor 30 Jahren und von Fukushima vor fünf Jahren hat der Bundestag am Freitag über Atomenergie und die damit verbundenen Risiken debattiert und einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen.

Noch heute leiden Hundertausende unter den Folgen der Reaktorkatastrophe. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD): „Tschernobyl gab denjenigen Recht, die lange vorher vor der Atomkraft gewarnt hatten“. Hendricks dankte der Anti-Atomkraftbewegung ausdrücklich. Dass es bis Fukushima dauerte, bis alle Bundestagsfraktionen vom Atomausstieg überzeugt waren, sei bekannt. Doch trotz des deutschen Atomausstiegs blieben die Risiken. Radioaktivität mache an den Grenzen nicht halt, stellte Hendricks dar. Besondere Sorgen bereiteten die Atomkraftwerke in Belgien. „Ich erwarte, dass die Nachbarländer die Sorgen der Menschen in den Grenzgebieten ernstnehmen und für ein höchstes Sicherheitsniveau sorgen“, unterstrich die Ministerin.

Die Bundestagsdebatte über die Reaktorkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima werde in den Ländern als Zeichen der deutschen Solidarität verstanden, betonte der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek. Mehr als 200 Veranstaltungen in Europa und das ehrenamtliche Engagement zeigten: „Europa hat Tschernobyl nicht vergessen.“ Angesichts der politischen Schwierigkeiten in der Region mache die Zivilgesellschaft deutlich, dass sie für ein Europa sei, in dem man für einander einstehe.

„Die weiter bestehenden Probleme in Fukushima zeigen, dass die Risiken der Atomenergie nicht in den Griff zu bekommen sind“, sagte Marco Bülow, Umweltpolitiker der SPD-Fraktion. Erst ein europa- und weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie bringe Sicherheit, das sollten die Jahrestage lehren. In Europa dürfe die Atomenergie nicht weiter ausgebaut werden: „Wir brauchen den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien“.

### Für mehr Sicherheit in Atomanlagen weltweit

Der Antrag der Koalitionsfraktionen würdigt sowohl die humanitäre Hilfe der Ehrenamtlichen für die

Betroffenen als auch das deutsche Engagement bei der Sicherung des eingestürzten Reaktorgebäudes in Tschernobyl. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, den Atomausstieg gemäß Atomgesetz umzusetzen. Sie soll sich in bilateralen Kommissionen mit sicherheitstechnischen Fragestellungen grenznaher Atomkraftwerke (AKW) in anderen Ländern auseinandersetzen und die Verhandlungen mit Belgien über ein Abkommen zur Nuklearen Sicherheit zügig zum Abschluss bringen.

Auf europäischer Ebene soll die Bundesregierung darauf drängen, dass bei Laufzeitverlängerungen für AKW angrenzender Länder eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung Pflicht wird. Zudem soll sie sich für europaweit einheitliche Haftungsregelungen in aus deutscher Sicht angemessener Höhe und die schnelle Umsetzung der auf Basis des EURATOM-Vertrages ergangenen Richtlinien einsetzen. Ein optimaler Katastrophenschutz bei einem nuklearen Unfall soll grenzüberschreitend gewährleistet werden. Ebenso sind Sicherheitsmaßnahmen auf höchstem Niveau gegen terroristische Angriffe auf Atomanlagen vorzusehen. Auf internationaler Ebene soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die laufenden Atomkraftwerke weltweit höchsten Sicherheitsstandards genügen. Damit andere Länder Alternativen zur Atomenergie entwickeln können, soll die Bundesregierung mit ihnen Kooperationen eingehen, um dort unter anderem die erneuerbaren Energien zu fördern. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten, den Jugendaustausch mit der Ukraine und Weißrussland zu fördern und zu intensivieren.

### SPD-Bundestagsfraktion dankt ehrenamtlichen Initiativen

Als Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl 1986 entstand eine außergewöhnliche europäische Solidaritätsbewegung, mit dem Ziel, die medizinische Versorgung der Betroffenen zu verbessern und Kinderfreizeiten in Deutschland zu ermöglichen. Bei einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion am 27. April 2016 haben einige Initiativen ihre Hilfsprojekte vorgestellt. Das große ehrenamtliche Engagement dieser Initiativen, das noch 30 Jahre nach der Katastrophe fortbesteht, wurde damit gewürdigt und den Helfern Dank ausgesprochen.



## Fraktionsspitzen fassen wichtige Beschlüsse

Auf ihrer Klausur in Rust haben die Fraktionsvorstände von SPD und CDU/CSU zwei Tage lang über Europa- und Flüchtlingspolitik sowie Elektromobilität und innere Sicherheit beraten. Am Ende wurden fünf Beschlusspapiere verabschiedet.

### Ursachen von Flucht bekämpfen

Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Krieg, persönliche Verfolgung oder Hunger sind nur einige Gründe dafür, dass Menschen ihre Heimatländer verlassen. Für viele sind Europa und Deutschland Ziel der Flucht. Politisches Ziel ist es für die Koalitionsfraktionen laut Beschluss, die Zahl der nach Deutschland kommenden flüchtenden Menschen deutlich zu senken. Entwicklungspolitik, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention sind dabei die wesentlichen strategischen Ausrichtungspunkte. In der Entwicklungspolitik bedeutet das dem Beschlusspapier zufolge unter anderem, dass sich die Fraktionen verstärkt für die Umsetzung der von den Vereinten Nationen beschlossenen 2030-Agenda einsetzen. Engt verzahnt mit der Entwicklungspolitik ist die Humanitäre Hilfe. Länder sollen unverzüglich Hilfe erhalten, sobald Krisen entstehen. Zudem dürfe sich humanitäre Hilfe nicht nur auf kurzfristige Nothilfe beschränken, sondern muss vorausschauend agieren, vor allem in Hinblick auf durch Krisen hervorgerufene Fluchtbewegungen. Als dritte strategische Ausrichtung bei der Fluchtursachenbekämpfung berücksichtigt der Beschluss die zivile Krisenprävention. Als zentrales Element der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik soll diese weiter aufgewertet, finanziell gestärkt, konzeptionell weiterentwickelt und weiter ausgebaut werden.

### Handlungsfähigkeit und Zusammenhalt in der EU sichern

Europa steht vor gewaltigen Herausforderungen, nicht nur, was die Migration betrifft, sondern auch den inneren Zusammenhalt, die Abwehr von Terroranschlägen und die Staatsschuldenkrise. Die Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD sind sich einig: Damit Europa seine gemeinsamen Werte und Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand bewahren kann, müssen die EU-

Staaten mit einer Stimme sprechen und gemeinsam die Fragen lösen, die die Menschen in Europa bewegt.

In ihrem Beschlusspapier sprechen sich die Koalitionsfraktionen u. a. für eine Überarbeitung des europäischen Asylsystems – insbesondere die so genannte Dublin-III-Verordnung – aus sowie für die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und mehr Abstimmungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zudem plädieren die Koalitionäre für einen Verbleib des Vereinten Königreichs in der EU und formulieren eine gemeinsame Haltung zur Bedeutung der Türkei als strategisch wichtigen Partner für Europa.

### Automobilität der Zukunft

Damit die Automobilindustrie im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft bestehen kann, muss sie sich Herausforderungen wie der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, der Digitalisierung und Vernetzung von Autos und dem autonomen Fahrzeug stellen. Für die notwendigen Innovationen gilt es, gesetzliche und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, und auch die Wirtschaft selbst ist gefordert.

Damit die Elektromobilität in Fahrt kommt, will die Koalition laut Beschluss beispielsweise ein Infrastrukturprogramm für öffentlich zugängliche Schnellladestation auflegen, die Befreiung von der Kfz-Steuer beim Kauf eines Elektroautos von fünf auf zehn Jahre ausdehnen, die steuerliche Freistellung des geldwerten Vorteils bei Beschäftigten beim Aufladen im Betrieb schaffen, die Forschung und Entwicklung von Zell- und Batterietechnologie fördern und bei der öffentlichen Beschaffung den Anteil von E-Autos steigern. Die Wirtschaft soll sich signifikant am Aufbau der Ladeinfrastruktur und der Batterieentwicklung beteiligen sowie verstärkt für Elektromobilität werben.

Um die digitale Vernetzung des Autos und das autonome Fahren voranzubringen, wollen die Fraktion von SPD und CDU/CSU in zwei Städten digitale Testfelder zur Erprobung von automatisierten Fahrzeugen schaffen, für die Nutzer von automatisierten Fahrzeugen Rechtssicherheit durch Regelungen für die Haftung der Hersteller und Dienstleister erzeugen, die digitalen Daten durch Verschlüsselung vor Hacker-Angriffen schützen sowie Datenschutz bei Erhebung und Verwer-



## Koalition



tung von Daten gewährleisten.

### **Mit einem starken Rechtsstaat für Freiheit und Sicherheit**

Durch einen starken Rechtsstaat will die Koalition die Freiheit und Sicherheit der Bürger umfassend schützen. SPD- und Unionsfraktion wollen die innere Sicherheit zu einem Investitionsschwerpunkt machen und streben eine deutliche personelle Stärkung der Sicherheitsbehörden bis 2019 an. Polizei und Einsatzkräfte sollen weiterhin nachhaltig durch bessere Ausbildung, häufigere Trainings und Coachings, verbesserten behördeninternen Opferschutz und bessere Ausrüstung unterstützt werden. Dafür sollen Mittel im Haushalt 2017 zur Verfügung gestellt werden.

Zudem wollen die Fraktionen es ermöglichen, dass innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismusbekämpfung überwacht werden können und die europäische Polizeibehörde Europol weiter ausgebaut wird. Ziel ist ein gemeinsames europäisches Terrorabwehrzentrum. Islamistischen und anderen extremistischen Spendensammelvereinen soll die Grundlage entzogen werden. Es bedarf laut Beschluss einer schnelleren Aberkennung der Gemeinnützigkeit, um die Finanzierungsmöglichkeit über Spenden zu stoppen.

Hassverbrechen sollen mit Hilfe eines gestärkten BKA und einer stärkeren Bundespolizei konsequenter aufgeklärt werden. Organisierte Kriminalität, etwa Steuerbetrug mittels Briefkastenfirmen, soll härter bekämpft werden. Zur Bekämpfung von Alltagskriminalität und Terror sei der vermehrte Einsatz von Videotechnik wie etwa auf Bahnhöfen, im öffentlichen Personennahverkehr und auf öffentlichen Plätzen erforderlich, schreiben die Koalitionäre. Und um einen besseren Schutz vor sexueller Gewalt zu gewährleisten, wollen die Koalitionsfraktionen das Sexualstrafrecht reformieren.

### **Mehr Sicherheit durch besseren Einbruchschutz**

Mit drei Maßnahmen reagiert die Koalition laut Beschluss auf die steigenden Einbruchszahlen. Sie möchte vor allem die Prävention deutlich stärken. Unter anderem soll das bereits im November 2015 eingerichtete Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ mit weiteren Haushaltsmitteln auf 50 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt werden. Hausbesitzer sollen, erklärte Thomas Oppermann, mithilfe des KfW-Programms auch kleinere Investitionen zum Einbruchschutz tätigen können. Das KfW-Programm wird von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen. Das zeigt, dass wir dem Bedürfnis nach Sicherheit nachkommen und kriminalpolitisch an der richtigen Stelle ansetzen. Denn rund 40 Prozent der Wohnungseinbrüche bleiben im Versuchsstadium stecken.

Des Weiteren will die Koalition die Zahl der Polizisten weiter erhöhen. Insgesamt erhalten die Sicherheitsbehörden rund 4000 Stellen zusätzlich.



## Petitionen & Girls' Day



### Petitionen: beim Bundestag sind die Daten sicher

**Stefan Schwartze, Sprecher der Arbeitsgruppe Petitionen: Am Freitag wurde die private Kampagnenplattform change.org mit dem Negativpreis „Big Brother Award“ ausgezeichnet, wegen ihres unverantwortlichen Umgangs mit Daten und Grundrechten. Die SPD-Bundestagsfraktion wirbt dafür, Petitionen direkt beim Bundestag einzureichen.**

„Petitionen sind möglich, ohne dass die Daten der Petenten gesammelt und weitergegeben werden. Der Bundestag macht es vor. Der Petitionsausschuss ist zentraler Ansprechpartner für alle Bitten und Beschwerden. Anliegen von allgemeinem Interesse können auf der Homepage des Deutschen Bundestages veröffentlicht, mitgezeichnet und diskutiert werden. Besonders wichtig ist: Die Daten jedes registrierten Nutzers sind hier sicher. Sie werden weder veröffentlicht, noch anderen Nutzern zur Verfügung gestellt.“

Neben der Petitionsplattform des Bundestages gibt es viele andere Plattformen, die das Einstellen von Petitionen anbieten. Die SPD-Bundestagsfraktion empfiehlt, bei Bitten zur Gesetzgebung immer das Portal des Bundestages zu nutzen.“



Rainer Sturm / pixelio

### Girls' Day 2016 bei der SPD-Bundestagsfraktion

Im Rahmen des alljährlichen Girls' Day haben in diesem Jahr 62 Mädchen aus ganz Deutschland die Einladung der SPD-Fraktion genutzt, einen Einblick in das Berufsfeld einer Bundestagsabgeordneten zu bekommen. So folgte auch die 15-jährige Sophie Leitsmann aus Bad Bevensen dieser Einladung und hatte die Möglichkeit einen Tag lang den Deutschen Bundestag zu beschnuppern.

Was macht eigentlich eine Bundestagsabgeordnete? Wie steht es in der Politik mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Und wie ist der Gang der Gesetzgebung? Auf diese und weitere Fragen bekam sie sowie die anderen Teilnehmerinnen des Girls' Days an diesem Donnerstag Antworten aus erster Hand und ganz persönliche Einblicke in die Arbeitswelt der SPD-Abgeordneten.

Schon beim gemeinsamen Frühstück im SPD-Fraktionssaal lernten die 14- bis 19-Jährigen die Parlamentarische Geschäftsführerin Petra Ernstberger und viele weitere SPD-Abgeordnete persönlich kennen, bevor sich im Anschluss der Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann persönlich für die Fragen der Schülerinnen Zeit nahm.

Unter dem Motto „Frauen (M)acht Politik!“ wurde im Anschluss Tacheles geredet – über die Chancen und Herausforderungen für Frauen im Politikbetrieb. Vor allem die jüngeren Nachwuchspolitikerinnen wie Michelle Müntefering, Susann Rührich oder Sarah Ryglewski erzählten den Girls-Day-Teilnehmerinnen von ihrem Weg in die Politik und von persönlichen Erlebnissen, die sie aufgrund ihres Geschlechts erlebt haben.

Der Tag beinhaltete viele spannende Programmpunkte, um den Mädchen einen Rundumblick zu bieten. Am Vormittag organisierte die SPD-Fraktion in Kooperation mit dem Team von PolitikParcours ein Planspiel, in dem



## Girls' Day



die Jugendlichen die Gesetzgebung auf Bundesebene am Beispiel „Wählen ab 16“ simulierten. Auch wenn die Entwicklung von Gesetzen in der Praxis länger als einen Tag dauert, sollten die Mädchen Einblicke in die politischen Prozesse bekommen und sich selbst wie Parlamentarierinnen fühlen dürfen.

„Wir wurden den vier im Bundestag vertretenen Fraktionen zugeteilt und mussten nach einer kurzen Vorbereitungszeit in Kleingruppen unsere Standpunkte im Plenum gegenüber den anderen Fraktionen vertreten und diskutieren. Die Debatte gestaltete sich sehr lebendig, war es doch eine Herausforderung, die eigene Position zu verteidigen und auf ihr zu beharren“, meinte Sophie abschließend.

Am Nachmittag erhielten die Mädchen die Möglichkeit eine Debatte im Plenarsaal live zu verfolgen, bevor sie

im Anschluss daran die SPD-Abgeordneten in ihren Büros besuchten, um ihnen persönliche Fragen zu stellen. Sophie zieht eine sehr positive Bilanz über den gesamten Tag: „Das Programm war sehr abwechslungsreich und super organisiert. Darüber hinaus habe ich nette Mädchen aus ganz Deutschland kennengelernt, von denen sich viele gesellschaftlich engagieren und ein großes Interesse an politischen Themen haben. Ganz besonders gut gefallen hat mir aber das Planspiel, denn nun kann ich mir viel besser vorstellen, wie der Gesetzgebungsprozess in der Praxis abläuft und wie Debatten im Plenum geführt werden“, resümiert Sophie bei ihrem Abschlussgespräch mit Kirsten Lühmann, bei dem auch dieses Erinnerungsfoto entstand.

Disclaimer: Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie jederzeit eine E-Mail an [kirsten.luehmann@bundestag.de](mailto:kirsten.luehmann@bundestag.de) senden und sich aus dem Verteiler nehmen lassen.